

## Sprüche des Tages

«Monique Frey ist teilweise zufrieden. Das ist doch schon mal etwas.»

So kommentierte Gesundheits- und Sozialdirektor **Guido Graf** (CVP) ein Votum der Fraktionschefin der Grünen, als diese über die Antwort der Regierung auf ihren Vorstoss zur Winteruniversiade in der Zentralschweiz sprach. Frey verlangte im Kantonsrat dennoch eine Diskussion.

«Die Vorlage ist unbedenklich. Sie können ihr zustimmen.»

Hörbar nach Luft ringend, brachte Justiz- und Sicherheitsdirektor **Paul Winiker** (SVP) mit diesen knappen Worten die Haltung der Regierung zur Umwandlung der Korporation Oberebersol in Hohenrain in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft zum Ausdruck. Winikers Atemlosigkeit rührte daher, dass der Krienser überrascht war vom Tempo des Kantonsrats – und deshalb an sein Pult rennen musste.

«Ein weiteres Votum bringt keinen Mehrwert. Daher sehe ich davon ab.»

Diesen Witz erlaubte sich **Fabian Peter** (FDP, Inwil) in der Debatte zum revidierten Planungs- und Baugesetz und sicherte sich damit einige Lacher. Die Vorlage legt fest, dass Kanton und Gemeinden von Mehrwert bringenden Ein-, Um- und Aufzonungen profitieren sollen.

## Budgetdebatte soll vorverlegt werden

**Luzern** Ein Kanton ohne Budget, wie das derzeit der Fall ist: Diesen Zustand will die Regierung künftig möglichst vermeiden. Sie schlägt deshalb zwei Massnahmen vor: So soll die Budgetberatung vom Dezember auf den Oktober vorverschoben werden, und die Referendumsmöglichkeiten zum Steuerfuss sollen eingeschränkt werden. Geht es nach der Regierung, kann das Referendum neu nur noch dann ergriffen werden, wenn der Steuerfuss über 1,6 Einheiten liegt und gegenüber dem Vorjahr erhöht wird. Heute ist das Referendum bei Steuerfüssen über 1,6 Einheiten auch möglich, wenn die Höhe der Steuern gleich bleibt. (red)

## Wechsel in SP-Fraktion

**Kantonsrat** Nach sechs Jahren tritt **Marlene Odermatt** (55) als SP-Kantonsrätin zurück. Weil sie umgezogen und somit nicht mehr im Wahlkreis Luzern-Land wohnhaft ist, macht sie Platz für **Marianne Wimmer-Lötscher** (55) aus Ebikon. (red)

# Grundstücke bringen neue Gelder

**Mehrwertabgabe** Der Luzerner Kantonsrat heisst das revidierte Planungs- und Baugesetz in erster Beratung gut. Damit sollen Kanton und Gemeinden ab 2018 von Ein-, Um- und Aufzonungen profitieren.

Evelyne Fischer

evelyne.fischer@luzernerzeitung.ch

Wird ein Grundstück eingezont – etwa von der Landwirtschaftszone in eine Wohnzone –, ziehen Kanton und Gemeinden künftig Nutzen daraus. Grund dafür ist das revidierte Planungs- und Baugesetz. Bei einer Einzonung sollen 20 Prozent des dadurch entstandenen Mehrwerts abgeschöpft werden. Der Kanton erfüllt mit dieser Vorlage eine Vorgabe des Bundes, der die Einführung einer Abgabe von mindestens 20 Prozent im eidgenössischen Raumplanungsgesetz (RPG) verlangt.

Laut Regierungsrat Robert Küng (FDP) sei das revidierte Gesetz «ein grosses Werk und eine Vorlage, die der Mehrheit unserer Bevölkerung entspricht». Der Kantonsrat hat die Vorlage gestern denn auch in erster Beratung mit 64 Ja- gegenüber 31 Nein-Stimmen bei 16 Enthaltungen gutgeheissen. Die SP-Fraktion verweigerte die Stimmabgabe, da sie nicht alle ihre Forderungen erfüllt sah. Doch dazu später mehr.

### Abschöpfung auch bei Auf- und Umzonungen

Fällig wird die Mehrwertabgabe bei einem Verkauf des Grundstücks oder bei einer Überbauung. Gezahlt werden muss sie vom Eigentümer an die Gemeinde, die 5 Prozent des Betrags als Aufwandsentschädigung behält. Der Rest fliesst in einen vom Kanton verwalteten Fonds. Dieses zweckgebundene Geld soll Gemeinden rückerstattet werden, die bei zu grossen Reserven Rückzonungen vornehmen und Besitzer entschädigen müssen. In der Botschaft schätzt die Regierung die Höhe der Abgaben für Einzonungen auf 110 bis 140 Millionen in den nächsten 20 Jahren. In einem Punkt geht die Luzerner



Das revidierte Planungs- und Baugesetz sorgt bei Einzonungen für Abgaben in Millionenhöhe. Symbolbild: Keystone/Anthony Anex

Vorlage über die Vorgabe des Bundes hinaus: Im RPG nicht vorgeschrieben ist der Mehrwertausgleich für Um- und Aufzonungen in Gebieten mit Bebauungs- oder Gestaltungsplanpflicht und für neue oder geänderte Bebauungspläne. Doch auch hier will der Kanton Luzern 20 Prozent des Gewinns abschöpfen – diese Mittel verbleiben aber bei den Standortgemeinden. Falls Eigentümer und Gemeinden einen Vertrag abschliessen, in dem etwa ÖV-Massnahmen, der Bau von preisgünstigen Wohnungen oder die Aufwertung des öffentlichen Raumes festgehalten werden, kann auf die Abgeltung verzichtet werden. «Innere Verdichtung ist die raumplanerische Herausforderung der Zukunft», sagte dazu Baudirektor Robert Küng. «Bevölkerung und Regierung wollen qualitativ gute Quartiere.» Verdichtung schaffe Mehrwert für den Grundeigentümer. Eine Abschöpfung mache daher Sinn.

### SVP pochte auf weniger, Linke auf mehr Abgaben

Vehement gegen eine Abgabe bei Um- und Aufzonungen hatte sich die SVP gewehrt. «Die Abgabe wird ein grosses Hindernis für die innere Verdichtung darstellen»,

«Die Abgabe wird ein grosses Hindernis für die innere Verdichtung darstellen.»

**Fredy Winiger**  
Kantonsrat SVP, Kleinwangen

sagte Fredy Winiger (Kleinwangen). «Grundeigentümer werden den zusätzlichen Aufwand scheuen.» Er befürchtet, dass sich dadurch das Bauprojekt verteuere. Winiger beantragte, auf die Abgabe zu verzichten, scheiterte mit 43 Ja gegenüber 67 Nein bei einer Enthaltung aber klar.

Unterstützt worden ist Winiger etwa von Armin Hartmann (SVP, Schlierbach). Für ihn stellt diese Abgabe ein «pièce de résistance» dar. Mit einem «liberalen Herz und einer bürgerlichen Grundhaltung» sei sie nicht zu vereinbaren. «Es geht hier um rein finanzielle Interessen der Gemeinden», so Hartmann. Gespalten war die FDP-Fraktion: Während Heidi Scherer (Meggen) die Abgabe bekämpfte («Wir machen uns damit freiwillig unattraktiver»), sprach sich Ruedi Amrein (Malters) für die Abschöpfung aus. Projekte der inneren Verdichtung könnten im ÖV- oder Sozialbereich Folgekosten nach sich ziehen. Damit nicht die Allgemeinheit dafür zahlen müsse, sei es richtig, dies abzugelten.

Mehrere Dämpfer erlitt gestern die Ratslinke: SP-Kantonsrat Hasan Candan (Luzern) hatte den Antrag gestellt, die Höhe der Mehrwertabgabe bei Auf- und Umzonungen flexibel zu gestalten. Da diese Forderung keine Mehrheit fand, enthielten sich die Sozialdemokraten in der Gesamtabstimmung ihrer Stimme. Derweil hatte Monique Frey (Emmen) namens der Grünen erfolglos beantragt, bei Einzonungen 50 Prozent des Mehrwerts abzuschöpfen und den Freibetrag bereits bei 50 000 Franken statt 100 000 Franken anzusetzen.

Das revidierte Planungs- und Baugesetz soll auf den 1. Januar 2018 in Kraft treten. In der Junisession folgt die zweite Beratung.

## Zu Hause sterben: Betreuung soll ausgebaut werden

**Palliative Care** Viele Menschen wollen nicht im Spital sterben. Nun könnten mobile Dienste gestärkt werden.

Unheilbar kranke und sterbende Menschen haben Anrecht auf eine angepasste Betreuung und auf die Linderung ihrer Leiden und Schmerzen nach den Grundsätzen der Palliativmedizin. Dieser Grundsatz ist seit 2006 im Gesundheitsgesetz des Kantons Luzern verankert. Dennoch müssen viele Menschen für die letzten Tage ihres Lebens in ein Spital überwiesen werden. Schätzungen zufolge wollen 80 Prozent der Menschen im Kanton Luzern zu Hause sterben – nur 20 Prozent können dies auch.

### Nur die SVP wollte keinen mobilen Palliativdienst

Das soll sich im Kanton Luzern ändern. Der Kantonsrat hat gestern ein Postulat von Gerda Jung (CVP, Hildisrieden) mit 81 zu 24 Stimmen für erheblich erklärt. Gegen die Überweisung des Vorstosses wehrte sich nur die SVP. Ihre Sprecher, Rätos Camenisch (Kriens) und Beat Meister (Hochdorf), sagten, das jetzige System funktioniere. «Wir müssen nicht für jedes Problem eine neue Or-

ganisation aufbauen», argumentierte Meister – er ist von Beruf Arzt, genauso wie Camenisch.

Die Ratsmehrheit sah es anders und will, dass sich die Betreuung von sterbenden Menschen in ihren eigenen vier Wänden verbessert. Aber nicht nur: Auch die Finanzierung soll gelöst werden. Zwar gehört die Palliativpflege zum Kompetenzbereich der Gemeinden und muss deshalb im Grundsatz auch von ihnen finanziert werden. Dennoch zeigt sich die Regierung bereit, mittelfristig eine gemeinsame Finanzierung anzustreben. Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf (CVP) begründete dies gestern so: «Es können Spitalkosten gespart werden.»

Tiefere Spitalkosten führten auch andere Parlamentarier ins Feld, etwa FDP-Sprecherin Angela Pfäffli (Grosswangen). Yvonne Zemp (SP, Sursee) sagte, ein flächendeckender mobiler Palliativdienst auf der Landschaft fehle. Deshalb könne oft keine angemessene Betreuung angeboten werden. (nus)

## Fluglärm-Gegner bleiben ohne Chance

**Emmen** Das Parlament will nichts wissen von weniger Flügen der Patrouille Suisse. Ein Argument stach heraus.

Keine Übungs- und Formationsflüge der Patrouille Suisse über dicht besiedeltem Gebiet mehr: Dafür hätte sich die Luzerner Regierung bei den Bundesstellen einsetzen sollen, wäre es nach dem Willen von Grüne-Fraktionschefin Monique Frey aus Emmen gegangen. Die Mehrheit des Kantonsrats wollte davon jedoch nichts wissen und lehnte das Postulat von Frey mit 92 zu 19 Stimmen ab. Frey reichte ihren Vorstoss nach dem Absturz eines F-5-Tiger-Jets in den Niederlanden ein. Das Unglück zeige, mit welchen Sicherheitsrisiko die Bevölkerung rund um den Flugplatz Emmen seit Jahren lebe.

Diese Argumentation kam bei den bürgerlichen Vertretern des Parlaments schlecht an. Eine hundertprozentige Sicherheitsgarantie gebe es nie, sagten etwa die Sprecher von CVP und FDP, Markus Odermatt (Ballwil) und Johanna Dalla Bona-Koch (Kriens). Ein einziger Unfall in der 53-jährigen Geschichte der Patrouille Suisse zeige, dass das Sicherheitsrisiko für die Bevölke-

rung klein sei, sagte Dalla Bona-Koch. Für SVP-Sprecher Pirmin Müller (Luzern) zeigt der Vorstoss «einmal mehr auf, wie ein Einzelfall für politische Propaganda missbraucht wird». Auch Franz Räber (FDP, Emmenbrücke) erntete sich: «Dauernd wird der Flugplatz von den Militärgegnern torpediert.»

### Am meisten Arbeitsplätze pro Flugbewegung

Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker (SVP) sagte, die Regierung sei nicht erfreut gewesen, als sie von der Schliessung des Flugplatzes Sion erfahren habe. Es wäre seiner Ansicht nach aber vermessen gewesen, keine zusätzlichen Flugbewegungen zu erhalten. Emmen sei jedoch jener Flugplatz, der pro Flugbewegung am meisten Arbeitsplätze aufweise, nämlich rund 1700. Mit dem gleichen Argument – der Flugplatz sei ein wichtiger Arbeitgeber – fochten neben Winiker fast alle Kantonsräte, die gegen das Postulat von Monique Frey votierten. (nus)

## 14 Millionen für Hochwasserschutz

**Kleine Emme** Der Kantonsrat hat gestern einen Kredit von 14,05 Millionen Franken ohne Gegenstimmen für den Hochwasserschutz an der Kleinen Emme bewilligt. Nach Abzug der Bundes-subsidienten muss der Kanton Luzern voraussichtlich einen Anteil von rund 4,2 Millionen Franken übernehmen. Das Geld wird im rund 1,1 Kilometer langen Flussabschnitt bei der Firma Swiss Steel eingesetzt. Dort wird die Abflusskapazität der Kleinen Emme erhöht und damit das Industriegebiet von Littau und Emmenbrücke vor allfälligen Überschwemmungen geschützt. Das Projekt basiert auf dem Konzept für den Ausbau des Flusses von der Mündung der Fontannen in die Kleine Emme bis zu deren Einmündung in die Reuss.

Argumentiert wurde im Vorfeld der gestrigen Beratung, dass die Kosten für das Projekt zwar hoch seien, aufgrund des hohen Schadenpotenzials jedoch als gerechtfertigt erscheinen. Die für das Geschäft zuständige Kommission für Verkehr und Bau hiess den Kredit ebenso einstimmig gut wie gestern der Kantonsrat – der keinen Bedarf für eine Diskussion des Geschäfts sah. (nus)